

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 21.09.2023,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:11 Uhr

Anwesend:

Mitglieder:

Markus Schulte	Gronau
Markus Jasper	Heek
Annette Demes	Ahaus
Dr. Sarah Gößling	Raesfeld
Johannes Maus	Velen
Stephanie Pohl	Gescher
Christel Wegmann	Rhede
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Otger Harks	Stadtlohn
Daniel Höschler	Bocholt
Daniela Kersting	Legden
Vera Timotijevic	Bocholt
Dietmar Eisele	Ahaus
Reinhard Böcker	Ahaus

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstandsmitglied
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Michael Weitzell	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Louis Lammersmann	
Laura Telaar-Wewering	

Vorsitz:

Silke Sommers	1. stellv. Landrätin
---------------	----------------------

Es fehlten entschuldigt:

Dr. Kai Zwicker	Landrat
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Jens Steiner	Heek
Kevin Schneider	Isselburg
Jörg von Borczyskowski	Gronau

Erledigung der Tagesordnung:

Die 1. stellvertretende Landrätin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss in Vertretung des verhinderten Landrats Dr. Zwicker beschlussfähig ist.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt : I. Beschlüsse des Kreisausschusses**

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 06.06.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 06.06.2023 wird genehmigt.

**Punkt 2: Prüfungsbericht der GPA NRW zur überörtlichen Prüfung des Kreises Borken 2022
Vorlage: 0241/2023/KREIS**

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der vorgesehenen Stellungnahme der Kreisverwaltung gegenüber der GPA NRW und der Bezirksregierung Münster in Bezug auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen wird *[mit folgenden Änderungen/Ergänzungen]* zugestimmt.

**Punkt 3: 1. Controllingbericht zum 30.06.2023
Vorlage: 0219/2023/KREIS**

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Der Kreistag nimmt den 1. Controllingbericht zum 30.06.2023 zur Kenntnis.

**Punkt 4: Verwendung des Jahresüberschusses 2022 der Sparkasse Westmünsterland
Vorlage: 0192/2023/KREIS**

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der geplanten Verwendung der Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2022 der Sparkasse Westmünsterland entsprechend § 25 Abs. 3 Sparkassengesetz NRW und § 12 Absatz 1 Satz 2 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland zu.

Punkt 5: Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts für das Jahr 2022
Vorlage: 0215/2023/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreis Borken nutzt nach § 116a GO NRW die Möglichkeit, von der Pflicht einen Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2022 aufzustellen, befreit zu werden, da die erforderlichen Voraussetzungen für die Befreiung nach § 116a GO NRW vorliegen.

Punkt 6: Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: 0217/2023/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Beteiligungsbericht 2022 wird zugestimmt.

Punkt 7: Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen für 2024
Vorlage: 0218/2023/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Kreiskämmerer Kersting ruft die Verabschiedung der letztjährigen Abfallgebührensatzung für 2023 in Erinnerung. Hierbei sei schon auf zu erwartende Kostensteigerungen in Folge des BEHG hingewiesen worden. Die entsprechende Gesetzesanpassung wurde zwar im Kalenderjahr 2023 letztlich noch nicht vollzogen, jedoch erfolge nunmehr die Kostensteigerung ab dem Jahr 2024. Insgesamt rechne man mit einem Gebührenanstieg von ca. 17 %, was einem Betrag von ca. 1,5 Mio. Euro entspreche.

Kreisausschussmitglied Schulte weist auf Diskussionen in den Gremien der EGW hin. Auch die LKW-Maut werde sich zum 01.01.2024 aufgrund eines Beschlusses der Bundesregierung erhöhen, daher werde mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet.

Man spreche hier von einer Steigerung im niedrigen zweistelligen Eurobetrag, dies sei vertretbar, erwidert Kreisausschussmitglied Timotijevic. Abfallentsorgung und LKW-Transporte verursachten Kosten; dieses müsse seinen Preis finden.

Kreisausschussmitglied Jasper verweist im Hinblick auf das BEHG auf den nationalen deutschen Alleingang bei der Umsetzung von EU-Vorgaben. Andere europäische Staaten setzten diese erst 2028 um. Die Vorwegnahme in Deutschland sei falsch, denn insbesondere Familien litten unter der aktuellen Inflation.

Steigende Abfallgebühren führten zu einer Steigerung der illegalen Müllentsorgung, befürchtet Kreisausschussmitglied Schulte.

Kreisausschussmitglied Eisele erklärt, die CO₂-Bepreisung sei bereits 2019 durch den Bund verabschiedet worden. Der Kreis sei verpflichtet, die CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die im Entwurf beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen für den Kalkulationszeitraum 2024.

**Punkt 8: Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln zur Verbesserung der IT-Sicherheit durch Erweiterung der Datensicherungs Umgebung
Rubrik
Vorlage: 0242/2023/KREIS**

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Lizenzupgrade und der Erweiterung der Datensicherungs Umgebung wird zugestimmt. Die dafür notwendigen Mittel von **682.246,79 €** brutto werden überplanmäßig bereitgestellt.

**Punkt 9: MobiTicket – aktualisierte Informationen zur Entwicklung und Finanzierung 2023 bis 2024
Vorlage: 0193/2023/KREIS**

Berichterstatter: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow
Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster macht auf die ergänzende Eingabe der SPD-Fraktion aufmerksam.

Kreisausschussmitglied Höschler teilt mit, die SPD-Fraktion sei sehr kurzfristig über den Beschlussvorschlag des Kreises Steinfurt informiert worden, weshalb der Vorschlag erst kurzfristig eingereicht worden sei. Der Beschlussvorschlag sehe vor, dass Bezugsberechtigte ab dem 01.01.2024 für zwei Jahre befristet einen Eigenanteil von 25 € übernehmen müssten. Für Personen, welche das einundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ergebe sich ein Eigenanteil i. H. v. 9 €.

Kreisausschussmitglied Jasper verdeutlicht, zuerst müsse man sich die allgemeine Preisentwicklung beim Deutschlandticket ansehen. Zudem müssten die Berechtigtenkreise mit Blick auf die Wohngeldempfänger geklärt werden. Es bestehe Beratungsbedarf.

Beschluss: ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

1. Der aktualisierte Bericht über die Entwicklung / Finanzierung des MobiTickets in 2023 / 2024, sowie zu den neuen Rahmenbedingungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, an der münsterlandweiten Einführung eines vergünstigten Deutschlandtickets als zusätzliches MobiTicket-Tarifprodukt mitzuwirken.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, über die weitere Entwicklung des MobiTickets zu berichten.

Punkt 10: Fahrplananpassung der Buslinie X80 ab dem 10.12.2023
Vorlage: 0257/2023/KREIS

Berichterstatlerin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem 10.12.2023 den Fahrplan der Linie X80 (Baumwoll-express) gemäß Anlage 1 und den Liniensteckbrief gemäß Anlage 2 anzupassen.

Der angepasste Liniensteckbrief wird Bestandteil des 3. Nahverkehrsplan des Kreises Borken.

Punkt 11: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge
Vorlage: 0209/2023/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Kreisdirektor Dr. Hörster teilt mit, die Vorlage und die Gesamtthematik sei in allen Ausschusssitzungen vorberaten und diskutiert worden. Während aktuell der Zustrom aus der Ukraine weiter in den Hintergrund rücke, würden Flüchtlinge anderer Herkunftsstaaten vermehrt in den Fokus gelangen. Die Kommunen meldeten zurück, dieser Trend sei besorgniserregend und drohe die Kommunen zu überfordern. Dies werde nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit so kommuniziert.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erkundigt sich nach einer Aufstellung mit aktualisierten Zahlen zum Kreistag.

Kreisdirektor Dr. Hörster weist auf den durchaus hohen Arbeitsaufwand hin. Tagesaktuelle Daten seien nicht auf Knopfdruck abrufbar.

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow ergänzt, alle Kommunen müssten angefragt werden. Diese seien aber zurzeit am Limit. Im Rahmen der kommunalen Zuweisung seien die Zahlen sprunghaft angestiegen. Während am Stichtag 05. September noch 14 Personen pro Tag in den Kreis Borken zugewiesen worden seien, habe sich die Zahl inzwischen auf ca. 37 Personen pro Tag erhöht. Die Stadt Bocholt finde bei diesen Zahlen keine Berücksichtigung. Der Anstieg sei dramatisch. Um der Situation gerecht zu werden, sei eine Reaktivierung von Notunterkünften in den Kommunen nicht mehr auszuschließen.

Kreisausschussmitglied Eisele erörtert, nicht die Zuweisungszahlen selbst, sondern der künftige Umgang mit den geflüchteten Personen sei entscheidend. Er verweist auf die Idee, in Gladbeck in einem alten Hotel eine Landeseinrichtung für Geflüchtete zu eröffnen und fragt, ob dies Auswirkungen auf die Zuweisungszahlen haben könnte. Es bedürfe eines ganzheitlichen Konzepts bei der Lösungsfindung.

Die Themenstellung beginne auf europäischer Ebene, ergänzt Kreisdirektor Dr. Hörster. Hinsichtlich der Errichtung lägen dem Kreis Borken keine weiteren Informationen vor. Auch die

Inanspruchnahme von Turnhallen zur Flüchtlingsunterbringung könnte nicht mehr ausgeschlossen werden.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12: Resolution: Vom Bund geplanter Rechtskreiswechsel U 25 Betreuung vom SGB II (Jobcenter Kreis Borken) zum SGB III (Agentur für Arbeit)

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration sei über die verlagerte Zuständigkeitssituation berichtet worden. Hierzu sei aus den Reihen der SPD-Fraktion der Vorschlag einer Resolution unterbreitet worden. Hierbei sollten die Fraktionen eingebunden werden.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn weist auf die Kürzung der Finanzmittel für die Flüchtlingshilfe hin. Sie befürchtet, mit der Resolution würde man wenig oder nichts ändern. Das Thema sei nach außen kaum vermittelbar. Die SPD-Fraktion spreche sich inzwischen gegen eine Resolution aus.

Der Schritt werde fiskalisch begründet, sei aber in der Sache nicht gerechtfertigt, fügt Kreisausschussmitglied Pohl hinzu. Die CDU-Fraktion wolle eine Resolution unterstützen, da diese an die Bundesregierung und nicht an die Bevölkerung gerichtet sei.

Kreisausschussmitglied Jasper konstatiert, der beabsichtigte Zuständigkeitswechsel dürfe in dieser Form nicht kommen, da dieser fachlich keinen Sinn ergebe. Zurzeit seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter vor Ort diejenigen, die SGB II-Leistungen gewährten und gleichzeitig die Arbeitsvermittlung übernahmen. Das Übernehmen der U25-Betreuung durch die Agenturen für Arbeit sei nicht logisch.

Kreisausschussmitglied Höschler ergänzt, die inhaltlichen Ausführungen von Herrn Jasper zu diesem Punkt teile die SPD-Fraktion. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die schwierige Finanzsituation des Bundes, welche sich an die Schuldenbremse knüpfe.

Beschluss: ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

**Punkt 13: Stellungnahme des Kreises Borken zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplan NRW (LEP)
Vorlage: 0214/2023/KREIS**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Die Stellungnahme des Kreises Borken zur 2. Änderung des Landesentwicklungsplan NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 14: Änderung des Regionalplans Münsterland
Anpassung an den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) und den Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH)
Vorlage: 0252/2023/KREIS**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Stellungnahme des Kreises Borken zur Änderung des Regionalplans Münsterland wird beschlossen.

Punkt : II. Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistages

Punkt 15: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Berichterstatter: Michael Weitzell

Herr Weitzell weist auf den eingereichten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien hin. Dieser werde auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung aufgenommen und dort entsprechend beraten.

Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 17: Anfragen

keine

gez.

Silke Sommers
1. stellv. Landrätin

gez.

Louis Lammersmann